

Es begann nicht am 7. Oktober

- 76 Jahre Genozid Aktionswoche 30.09.-07.10.24

Der 7. Oktober 2023 kann nicht außerhalb des Kontexts der jahrzehntelangen Gewalt gegen Palästina und insbesondere Gaza – dem größten Freiluftgefängnis der Welt – betrachtet werden.

Im Zuge seiner Gründung im Jahr 1948 hat Israel mehr als 800.000 Palästinenser*innen vertrieben, getötet und inhaftiert. Die Palästinenser*innen sind Opfer von Gewalt und Vergewaltigung. Palästinenser*innen bilden seitdem (prozentual zur Bevölkerung) die weltweit größte Flüchtlingsgruppe. Die Nakba, wie die Palästinenser dieses Ereignis nennen, bedeutet: 76 Jahre ethnische Säuberung, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Apartheid und Willkür. Israel ist damit eine Siedlerkolonie, die sich nur aufgrund der bis heute anhaltenden Unterdrückung gehalten hat. Nahezu 75 Prozent der heutigen Bewohner Gazas hat Israel seit der Nakba 1948 vertrieben. Sie sind somit Flüchtlinge und deren Nachfahren aus ganz Palästina. Israel verweigert ihnen das Recht auf Rückkehr, das durch die Resolution 194 der UN-Generalversammlung im Jahr 1948 anerkannt und 1974 mit der Resolution 3236 als unveräußerlich beschlossen wurde.

Israel schränkt seit den 90er Jahren die Bewegungs- und Handelsfreiheit der Bevölkerung Gazas massiv ein. Es hat diese Einschränkungen ab 2007 nochmals verschärft, als es eine völkerrechtswidrige Land-, See- und Luftblockade über den Gazastreifen verhängte, die vom ägyptischen Regime unterstützt wird. Diese Blockade führt zur Zerstörung der Wirtschaft und Infrastruktur in Gaza. Die Bauern haben nur Zugang zu einem Drittel des Ackerlandes, Fischer dürfen in nur 15 Prozent der Gewässer fischen und die Bevölkerung Gazas erhielt seitdem nur so viele Kalorien, dass sie gerade überleben konnte. Eine meterhohe Mauer umgibt Gaza und niemand kann ohne israelische Genehmigung ein- oder ausreisen.

Ein UN-Bericht mit dem Titel "GAZA IN 2020 - A liveable place?" warnte bereits 2012 davor, dass das Gebiet bis 2020 unbewohnbar sein werde. Laut UNCAT (2015) führt das Vorenthalten lebensnotwendiger Güter durch die israelische Besatzung dazu, dass Gaza ab 2020 als unbewohnbar einzustufen sei. Ein entscheidender Faktor ist hierbei die katastrophale Wasserversorgung gewesen, da Israel seit 1967 die gesamte Wasserinfrastruktur Gazas kontrolliert. Außerdem hat die Besatzungsmacht das Trinkwasser kontaminiert, sodass ein Großteil heute tatsächlich ungenießbar ist. Israel nutzt seine Kontrolle über die Nahrungsmittel und insbesondere die Wasserversorgung als Druckmittel gegen die Bevölkerung Gazas, der dadurch nur 20 - 35 Liter Wasser pro Person pro Tag zur Verfügung stehen, obwohl die Weltgesundheitsorganisation mindestens das Dreifache zum Überleben empfiehlt. Zum Vergleich: In Israel liegt der Wasserverbrauch bei über 300 Litern pro Person pro Tag. Insgesamt fließen 90 % des Wassers an die israelischen Kolonialsiedler und nur 10 % gelangen nach Gaza und ins Westjordanland. Die Essensversorgung der Menschen in Gaza ist abhängig von der Einfuhr der UN-Hilfsgütern, die durch Israel streng limitiert sind. Das führt dazu, dass die Menschen in Gaza mindestens seit 2008 unter Hunger leiden. Israel schätzt den Kalorienbedarf der palästinensischen Bevölkerung und lässt nur die Einfuhr einer genehmigten Menge an Lebensmittellieferungen zu. Diese Situation hat sich seit dem 7. Oktober 2023 erneut extrem verschärft.

Die Prognosen der UN haben sich erfüllt, sodass bereits 2020 mehr als 500.000 der 2,3 Millionen Einwohner*innen unter der absoluten Armutsgrenze lebten und fast eine Million Menschen auf UN-Lieferungen angewiesen waren. Gleichzeitig sind seit 2020 schon 90 % des „Trinkwassers“ in Gaza ungenießbar, Strom gibt es nur für zwei bis vier Stunden täglich, was die Lagerung von Lebensmitteln und Medikamenten nahezu unmöglich macht. Die Gesundheitsversorgung brach zusammen und selbst einfache zu behandelnde Krankheiten breiten sich aus.

Auch die geopolitische Lage verschärfte die Situation in Palästina. Die USA erkannten unter Präsident Trump am 6. Dezember 2017 Jerusalem als unbegrenztes Hoheitsgebiet Israels an und verlegten ihre Botschaft dorthin. Das Generalkonsulat und die diplomatische Mission nach Palästina wurden aufgelöst. Vier weitere Staaten folgten dem Beispiel und 2019 erkannten die USA zudem die illegale israelische Annexion der Golanhöhen an. Dieses Vorgehen offenbart die Absichten der Supermacht, die sich als Hauptvermittler im sogenannten "Nahost-Friedensprozess" darstellt. Nach dem Völkerrecht ist Palästina weiterhin unter illegaler israelischer Besatzung und der Internationale Strafgerichtshof (IGH) hat Israels Status als Apartheidsregime jüngst bestätigt.



Tausende Palästinenser*innen demonstrierten wöchentlich zwischen März 2018 und Dezember 2019 an der illegalen „Iron Wall“, die Gaza vom Rest Palästinas trennt. Ihr Hauptanliegen war die Aufhebung der Blockade und das Recht auf Rückkehr in ihre Heimat. Israel hat den friedlichen Protest, „Great March of Return“ in ein blutiges Gemetzel verwandelt. Der Beschuss der Palästinenser durch israelische Truppen tötete 200 Menschen, darunter viele Kinder und verletzte mehr als 29.000 Palästinenser, oft so schwer, dass sie ein Leben lang körperlich behindert bleiben werden. Der friedliche Protest musste aufgrund der hohen Opferzahlen eingestellt werden. Große Teile der internationalen Gemeinschaft ignorierten die regelmäßige und massive Gewalt gegen die Protestierenden und somit blieb diese für Israel ohne Konsequenzen.

Israel hat mit den "Abraham Accords" im Jahr 2020 ein Vertrag zur „Normalisierung“ der Beziehungen mit den arabischen Staaten abgeschlossen, was die diplomatische Unterstützung für palästinensische Ansprüche auf ihr eigenes Land beendete.

Palästinensische Proteste im Jahr 2021 – bekannt als die dritte Intifada - gegen israelische Übergriffe und illegale Enteignungen führten zu einer erneuten Militäroffensive Israels. Die eingesetzte Strategie, die von Israel als „Rasenmähen“ bezeichnet wird, sollte die als „Unkraut“ angesehene palästinensische Bevölkerung zur Aufgabe ihres Widerstands bringen ohne ihnen eine langfristige politische Lösung zu bieten. Die massive Gewalt und rücksichtslose Tötung von Zivilisten entsprachen der Taktik, die Israel bereits 2006 im Libanon-Krieg formulierte und seitdem unter dem Namen Dahiya-Doktrin anwendet. Diese besagt, dass extreme, disproportionale Gewalt und der gezielte Angriff auf Zivilisten und zivile Infrastruktur gerechtfertigt seien.

Ein menschenwürdiges Leben bleibt für die Palästinenser*innen unerreichbar, die Unterdrückung geht weiter und ist durch die Mauer als koloniale Fremdherrschaft symbolisiert. Die UN verabschiedete seit 2015 mehr als 140 Resolutionen in denen Israels völkerrechtswidriges Verhalten kritisiert wird – mehr als doppelt so viele, wie gegen alle anderen Staaten in der gleichen Zeit zusammen. Israel interessiert dies nicht, genauso wenig wie die USA und den Westen, der sich selbst als "zivilisiert" bezeichnet. Diese unterstützen und finanzieren die Besatzung. Wo vorher palästinensische Häuser standen, gibt es heute israelische Siedlungen, die auf den Trümmern dieser Gebäude errichtet wurden.

Rund 10 Prozent der palästinensischen Bevölkerung lebt noch in ihrem ursprünglichen Gebiet innerhalb der sogenannten „grünen Linie“. Das ist das Gebiet, das ihnen durch den völkerrechtswidrigen UN-Teilungsplan (Resolution 181) entzogen wurde. Der IGH stellte 2004 fest, dass der Teilungsplan nie umgesetzt wurde, da die palästinensische Bevölkerung die Gründung eines Zwei-Klassen-Staates ablehnte. Die permanente Entmenschlichung und Dämonisierung der palästinensischen Bevölkerung in allen Kontexten der israelischen Gesellschaft hat zur Folge, dass von der großen Mehrheit der Israelis inzwischen selbst die Misshandlung oder Tötung palästinensischer Gefangener als gerechtfertigt angesehen wird.

Menschenfeindliche Ideologien, wie sie einst Minderheiten, wie der verurteilte Terrorist Meir Kahane vertreten hat, sind längst fester Bestandteil der heutigen israelischen Regierung und Bevölkerung. Übergriffe gegen Muslime an heiligen Orten, an denen Parolen wie "Tod den Arabern" gerufen wird, sind keine Einzelfälle mehr.

Israel führte seit Beginn der Blockade fünf große Militärangriffe auf Gaza durch (2008, 2012, 2014, 2021, 2023 bis heute). Die Bombardierungen und die Invasionen töteten tausende unschuldige Menschen, zerstörten hunderttausende Wohnhäuser und machten ebenso viele Menschen obdachlos. Eine ganze Generation in Gaza kennt nichts anderes als israelischen Bombenterror, die Traumatisierung von Kindern und Erwachsenen nimmt kein Ende.

Eine politisch nachhaltige Lösung und eine Verbesserung der humanitären Lage in Gaza bleiben aus. Die Jahre 2022 und 2023 (vor dem 7. Oktober) gehörten zu den tödlichsten Jahren für Palästinenser*innen seit der zweiten Intifada. Diese Bedingungen sind der Grund dafür, dass sich die Menschen in Palästina gegen die Besatzung und den Terror des Siedlerstaates zur Wehr setzen.



Mehr vom Kufiya Netzwerk

Webseite: [www.https://kufiya-netzwerk.de](https://kufiya-netzwerk.de)

Instagram: @KufiyaNetzwerk

